

**Deutscher
Gewerkschaftsbund**

Bundesausschuss

Bereich
Struktur- und Regionalpolitik

**Stellungnahme des
Deutschen Gewerkschaftsbundes
(DGB) zum Entwurf des
Fortschrittsberichts 2008 der
Bundesregierung zur Nationalen
Nachhaltigkeitsstrategie**

Berlin, 30.06.2008



Herausgeber:
DGB-Bundesausschuss
Bereich Struktur- und
Regionalpolitik

Verantwortlich:
Claus Matecki

Henriette-Herz-Platz 2
10178 Berlin

Fragen an:
Martin Stuber
Tel.: 0 30/2 40 60-305
Fax: 0 30/2 40 60-111
E-Mail: martin.stuber@dgb.de

Vorbemerkung

Der DGB sieht in der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie eine zentrale Leitplanke für eine langfristig orientierte Politik, die sozialen Zusammenhalt, wirtschaftliche Entwicklung und die natürlichen Lebensgrundlagen gleichermaßen im Blick behält und die jeweiligen Politikziele integriert angeht.

Für den Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) und seine Mitgliedsgewerkschaften ist das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung von zentraler Bedeutung. Aus Sicht der Gewerkschaften fußt eine sozial-ökologischen Reformstrategie auf folgenden Kernpunkten:

- Schutz von Umwelt und Natur vermeiden auch soziale Verwerfungen
- Beschäftigungssicherung durch ökologische und soziale Modernisierung;
- Durchsetzung von Sozial- und Umweltmindeststandards weltweit;
- Demokratisierung der Arbeitswelt und verbesserte Beteiligung der Bürger;
- Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen

Der DGB begrüßt es, dass die Regierung mit dem zweiten Fortschrittsbericht den Stand der Nachhaltigkeitsstrategie bilanziert und ihre neuen Schwerpunkte darlegt. Der DGB überprüft in dieser Stellungnahme, inwieweit die nationale Nachhaltigkeitsstrategie im Prozess Anknüpfungspunkte für gewerkschaftliche Zukunftsvorstellungen bietet.

A. Herausforderungen

Nach wie vor kann der DGB in vielen Bereichen nicht erkennen, dass „nachhaltige Entwicklung ... Leitprinzip der Politik der Bundesregierung [ist]“ (10). Die Integration von nachhaltiger Wirtschaftspolitik, Umweltpolitik und sozialem Zusammenhalt – in globaler Perspektive (13) – bleibt weithin Anspruch statt Wirklichkeit und ist folglich im Kapitel „Aktuelle Herausforderungen“ richtig angesiedelt. Der DGB begrüßt, dass der Fortschrittsbericht eine Neudefinition von „Fortschritt“ anregt.

Auch das zentrale Thema der gesellschaftlichen Debatte in den letzten Jahren wird aufgerufen: Gerechtigkeit – allerdings geht es hier weniger um soziale Gerechtigkeit als um globale und Generationengerechtigkeit. Die zunehmende gesellschaftliche Spaltung im Deutschland des Jahres 2008 findet hingegen keine Erwähnung. Zwar wird die „Verantwortung der Politik für die heute lebenden Menschen [betont]“ (12), im Fokus steht aber die Gefahr einer Abwälzung sozialer und ökologischer Kosten auf folgende Generationen und andere Länder. Konsequenterweise sollte hier die Forderung der Bundeskanzlerin nach einem einheitlichen CO₂-Ausstoß für jeden Erdbewohner festgehalten werden.

Der DGB erwartet von der Regierung eine ehrlichere Bilanz der eigenen Arbeit – dazu gehört es auch, eigene Versäumnisse klar zu benennen.

Nachhaltige Entwicklung hat Implikationen auf alle politischen Felder. Der DGB begrüßt deshalb, dass die Bundesregierung künftig alle Gesetze mittels Gesetzesfolgenabschätzung einem Nachhaltigkeitscheck unterziehen will.

Angewandte Nachhaltigkeit?

Die unter dieser Überschrift angeführten Beispiele sind aus Sicht des DGB wenig überzeugend. Die Nachhaltigkeit des derzeitigen wirtschaftlichen Aufschwungs ist angesichts der Verteilungswirkungen, der Reallohnverluste, des ausgeweiteten Niedriglohnbereichs oder auch sinkenden Bildungsausgaben und stagnierenden und Forschungsausgaben und Nettoinvestitionen im Verhältnis zum BIP zumindest zweifelhaft.

Die tabellarisch aufgelistete „Reformdividende in Zahlen 2005 bis 2007“ (19) soll den Erfolg der Agenda 2010 belegen. Aber schon der gewählte Vergleichszeitraum ist problematisch, weil er sich nicht über einen vollständigen Konjunkturzyklus erstreckt. Im letzten Aufschwung – 1998 bis 2000 – wuchs die Wirtschaft genau so kraftvoll, gleiches gilt auch für die Investitionstätigkeit. Die Beschäftigung stieg jedoch im 98er-Zyklus doppelt so stark. Damals schufen die Firmen – trotz des angeblich verkrusteten Arbeitsmarkts und drückender Steuer- und Abgabenlast – mehr als 1,5 Mio. Arbeitsplätze. Lediglich bei den Arbeitsstunden liegt der aktuelle Konjunkturfrühling vorne. Im Mix mit flexiblen Arbeitszeitmodellen führt dies zu mehr Arbeit, aber nicht zu mehr Jobs.

Der vermeintliche „Agenda-Aufschwung“ ist im Zyklusvergleich vergleichsweise beschäftigungsarm. Die bessere Arbeitslosenstatistik beruht zu großen Teilen auf demografischen Effekten. Der Anstieg des Arbeitskräfteangebots hat sich im Vergleich zum letzten Aufschwung um fast eine halbe Million verringert. Eine günstige Entwicklung der Altersstruktur und weniger Zuwanderung entlasten heute den Arbeitsmarkt. Die stark sinkende Arbeitslosigkeit älterer Arbeitnehmer ist zu großen Teilen ein statistisches Artefakt: über 500.000 ältere Beschäftigte werden aufgrund der 58er-Regelung nicht mehr als arbeitslos geführt.

Die Arbeitsmarktreformen waren keineswegs wirkungslos – aber unter nachhaltiger Entwicklung verstehen die Gewerkschaften das Gegenteil: Die mit Hartz IV verschärfte Zumutbarkeit hat im Mix mit einer liberalisierten Zeitarbeit, erweiterten Befristungsmöglichkeiten, geförderter geringfügiger Beschäftigung und weniger Kündigungsschutz die Qualität der Arbeit unterhöhlt und den Niedriglohnsektor ausgebaut. Armutslöhne breiten sich aus. Fast jeder fünfte sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigte verdient weniger als 1630 € brutto. Rund 1,3 Mio. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nehmen ergänzende Hartz-IV-Leistungen in Anspruch. Fast 7 Mio. Menschen sind geringfügig beschäftigt. Über 300.000 Menschen arbeiten als Ein-Euro-Jobber. Zudem gibt es rund 700.000 Leiharbeiter.

Zyklenvergleich

	Zyklus I 1998q2-2001q1		Zyklus II 2004q4-2007q3	
	Kumulativer Zuwachs über 11 Quartale			
	in %	In Tsd. Pers.	in %	In Tsd. Pers.
Reales BIP	7,10		7,21	
Arbeitsvolumen der Erwerbstätigen	1,32		2,38	
<i>Arbeitsproduktivität, je Stunde</i>	<i>5,78</i>		<i>4,83</i>	
Erwerbstätigen	3,99	1.508	2,25	874
Selbstständige	2,48	96	3,87	166
dar. ungefördert ¹	2,67	102	5,52	221
Arbeitnehmer	4,16	1.412	2,05	708
dar. Minijobs ²		441		59
dar. Arbeitsgelegenheiten.Mehraufwandsvariante		x		254
Sozialversicherungspflichtige Beschäftigte	2,51	684	2,53	667
dar. ungefördert ³	2,42	653	2,95	772
Erwerbspersonenpotenzial	1,00	439	-0,10	-47
Arbeitslosen (BA-Def.)		-554		-737
Arbeitslosen (ILO-Def.)		-643		-810
Nachr.:				
Reale Stundenlöhne: Arbeitskosten, BIP-Deflator	6,06		-0,11	
Reale Stundenlöhne: Nettolöhne, HVPI	6,00		-4,19	
Gewinnquote in %-Punkten	-0,61	%-Punkte	4,10	%-Punkte

¹ Ohne Überbrückungsgeld, Existenzgründungszuschuss oder Ich-AG, Einstiegsgeld (Selbstständigkeit) und Gründungszuschuss

² Ausschließlich geringfügig Beschäftigte; Zyklus I: 1999q2-2001q1

³ Ohne Beschäftigungsschaffende Maßnahmen (ABM, SAM, BSI), PSA, Kurzarbeit in Vollzeitäquivalent und Arbeitsgelegenheiten in der Entgeltvariante.

Quellen: Destatis, Bundesagentur für Arbeit, Bundesbank, IAB; Eigene Berechnungen.

Arbeitsmarktpolitisch hat die Niedriglohnstrategie versagt. Die Arbeitslosigkeit der Zielgruppe – Personen ohne Berufsabschluss – stieg von 20% auf heute 26%. Geringqualifizierte Arbeitslose bekommen durch niedrigere Löhne und weniger Schutzrechte keine neue Chance, sie werden diskriminiert und selektiert. Vier von fünf niedrig Entlohnnten haben eine abgeschlossene Berufsausbildung oder einen Hochschulabschluss. Der Niedriglohnsektor dequalifiziert diese gut ausgebildeten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Erstmals in der jüngeren Wirtschaftsgeschichte fielen in einem Aufschwung die realen Brutto- und Nettolöhne. Die Hartz IV- Drohung macht die

Belegschaften erpressbar. Leiharbeit drückt das Lohnniveau. Mini- und Midijobs verdrängen reguläre Arbeit.

Ein weiteres Ziel der Agenda 2010 war die Senkung der Lohnnebenkosten. Die „Reform“ der Sozialkassen wurde aus Sicht der Beschäftigten teuer erkaufte. Denn niedrigere Sozialversicherungsbeiträge sind heute mit gekürzten Gesundheitsleistungen, erhöhter Zuzahlungen, weniger Arbeitslosengeld, Nachhaltigkeitsfaktor bei der Rente verbunden. Gleichwohl liegt der mittlere Beitragssatz im aktuellen Aufschwung nur 0,8% unter dem Niveau des letzten Zyklus, wenn man die Senkung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge – die erst im Aufschwung gesenkt wurden – rausrechnet. Die Behauptung, eine Senkung der Lohnnebenkosten würde Beschäftigung schaffen, ist durch den Zyklenvergleich mit dem letzten Aufschwung widerlegt.

Für den DGB ist die beabsichtigte Einführung einer Schuldenbremse das Einfallstor für eine prozyklische Haushaltspolitik. Die Finanzpolitik droht so als stabilisierender Faktor für konjunkturpolitische Maßnahmen auszufallen. Bedenklich ist, dass der Bericht für die Rückführung der Neuverschuldung in den letzten Jahren nach der guten wirtschaftlichen Entwicklung als Erstes „die Erhöhung der Wochenarbeitszeit und die weitere Reduzierung des Weihnachtsgeldes bei den Beschäftigten des Bundes“ (25) anführt. Der DGB warnt auch davor, die erneute Senkung des Arbeitslosenversicherungsbeitrags im nächsten Abschwung als Vorwand für weitere Leistungskürzungen zu missbrauchen.

Zu einer soliden Haushaltspolitik gehören für die Gewerkschaften auch Mittel für Zukunftsinvestitionen. Die realen öffentlichen Bruttoinvestitionen sanken zwischen 2000 und 2006 um etwa 11 Prozent. Die öffentliche Investitionsquote – der Anteil der öffentlichen Investitionen am Sozialprodukt – liegt mit 1,3% auf einem historischen Tiefstand. Der Europäische Durchschnitt liegt bei 2,5%.

Die BMU-Studie „Investitionen für ein klimagerechtes Deutschland“ zeigt in ihrem Zwischenbericht vom Mai 2008, dass Deutschland „in den vergangenen Jahrzehnten von der Substanz gelebt“ hat (23) – sie stellt diese Diagnose aber nicht wie der Fortschrittsbericht angesichts des Schuldenstands, sondern wegen des überalterten Kapitalstocks. Dies ist eine Folge des im internationalen Vergleich überdurchschnittlichen Rückgangs der Nettoinvestitionsquote. Der DGB hält es für dringend erforderlich, alle Weichen für den Aufbau eines neuen, Ressourcen schonenden und energieeffizienten Kapitalstocks zu stellen. Werden die in Meseberg gefassten Beschlüsse nicht konsequent umgesetzt, wie sich in den bisher verabschiedeten Klimapaketen abzeichnet, so werden laut BMU-Studie noch erheblich größere Investitionen als die anvisierten 30 Mrd. Euro pro Jahr erforderlich sein, um die Klimaziele zu erreichen.

Das Auseinanderdriften von Gewinnen und Investitionen der Unternehmen insbesondere in den letzten Jahren ist ein deutliches Indiz dafür, dass der zunehmende Einfluss der Finanzmärkte auf die wirtschaftliche Entwicklung zum zentralen Problem für Nachhaltigkeit werden kann. Private

Finanzinvestoren genießen unter dem Dach der aktuellen Finanzmarktarchitektur eine zerstörerische Freiheit, die einem ökonomisch, sozial und ökologisch nachhaltigen Entwicklungspfad entgegensteht. Finanzmarktgetriebene Kurzfriststrategien der Unternehmen wirken negativ auf die betriebliche Arbeitsorganisation, das Erwerbssystem, die Tariflandschaft, die Innovationsfähigkeit und das Ausbildungs- und Qualifizierungssystem. Sie untergraben mittelfristig die Grundlagen des traditionellen deutschen Modells einer diversifizierten Qualitätsproduktion. Gleichzeitig verteilt der moderne Finanzmarktkapitalismus die Einkommensströme massiv um. Während die Löhne und Sozialeinkommen tendenziell sinken, steigen die Gewinne großer Kapitalgesellschaften und die Vermögenseinkommen.

Es besteht die Gefahr, dass die Shareholder-Value-Orientierung auch den ökologischen Umbau blockiert. Drastisch steigende Rohstoffpreise könnten die ökologische Modernisierung behindern. Umweltauflagen werden dann nicht als Innovationsanreiz, sondern als Belastung wahrgenommen. Investitionen in intelligente Technologien für die massive Verringerung überflüssigen Energie-, Material- und Rohstoffeinsatzes kämen nicht in ausreichendem Umfang zur Anwendung.

Der DGB hält ein neues Anreizsystem auf den Kapitalmärkten für erforderlich. Es sollte langfristige Realinvestitionen fördern. Kurzfristige, spekulative Finanzinvestitionen gilt es zu diskriminieren. Zu den wichtigsten Aufgaben gehört ein Nachhaltigkeitscheck der bisherigen Finanzmarktliberalisierung. Dort wo aus heutiger Sicht offensichtliche Fehlanreize gesetzt wurden, gilt es umzusteuern. Zentrales Kriterium ist die Frage, ob die aktuellen Regeln eine ökonomisch, sozial und ökologisch nachhaltige Unternehmenspolitik fördern oder nicht.

Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und soziale Stabilität sind dauerhaft nur zu sichern, wenn eine sozial-ökologische Reformstrategie verfolgt wird, die kurzfristige Profitorientierung und finanzmarktgetriebene soziale Verwerfungen erschwert. Solange die Wirtschaftspolitik nur moderiert und „die Rahmenbedingungen für erfolgreiches, nachhaltiges unternehmerisches Handeln zu stärken“ (22), statt im langfristigen gesellschaftlichen Interesse zu gestalten, wird eine nachhaltige Entwicklung einzelnen wirtschaftlichen Akteuren überlassen bleiben. Freiwillige Selbstverpflichtungen, für deren Nichteinhaltung keine verbindlichen Sanktionsmechanismen vereinbart werden, haben bisher nichts bewirkt.

Nachhaltiges Wachstum ist fraglos mehr als die Verbesserung des betrieblichen Umweltschutzes. Aber wenn der Fortschrittsbericht behauptet, für nachhaltiges Wachstum sei die „Voraussetzung [für] wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und soziale Stabilität“ (20), so argumentiert er nach wie vor damit, nachhaltige Entwicklung müsse man sich leisten können. Spätestens seit dem Stern-Report ist jedoch unbestritten, dass uns Nichthandeln ungefähr dreimal soviel kosten würde wie eine aktive Klimaschutzpolitik (1 % des Bruttosozialprodukts).

Nachhaltigkeitsmanagement

Für den DGB muss sich die Strategie für eine nachhaltige Entwicklung in Deutschland und Europa weiterhin an den Kriterien Verbindlichkeit, Wirksamkeit und Transparenz messen lassen. Der DGB erkennt die Fortschritte in den politischen Entscheidungsabläufen, bei einzelnen Modellvorhaben, in der statistischen Berichterstattung und der Kommunikation der Zielerreichung durch den Rat für Nachhaltige Entwicklung (RNE) an.

Der DGB begrüßt es, dass der Staatssekretärsausschuss als Steuerungsgremium ausgebaut werden soll. Ihm obliegt es, für die stärkere Integration von Nachhaltigkeitskriterien in alle Politikbereiche zu sorgen. Er muss die strategischen Ziele nach rechtlichen Zuständigkeiten zwischen den Ministerien und den föderalen Ebenen differenzieren und bürokratische Verschiebebahnhöfe vermeiden. Kritisch beurteilen die Gewerkschaften allerdings die bisherige Praxis: der Einfluss des Staatssekretärsausschusses bei konkreten operativen Entscheidungen ist bisher nicht erkennbar. Die Arbeitskapazitäten, die für das Nachhaltigkeitsmanagement bisher aufgebaut wurden („capacity building“), werden vom beratenden „Rat für nachhaltige Entwicklung“ (RNE) wohl nicht ohne Grund problematisiert.

Die öffentliche Hand sollte bei der Verfolgung von Nachhaltigkeitsregeln im eigenen Handeln deutlicher in Erscheinung getreten – ob als Nachfrager in der öffentlichen Beschaffung oder beim klimaneutralen Dienstreisemanagement. Die Glaubwürdigkeit der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie hängt wesentlich davon ab, ob Projekte wie das Energiecontrolling öffentlicher Liegenschaften oder die Nachhaltigkeitsprüfung von Gesetzesvorhaben die Transparenz der Abläufe erhöhen, ob ihr praktischer Nutzen durch externe Überprüfung nachweisbar wird – oder ob nur neue legitimatorische Schleifen ohne verbindliche Konsequenzen geschaffen werden.

Der DGB begrüßt, dass die Bundesregierung Nachhaltigkeit zum Bestandteil der Gesetzesfolgenabschätzung machen will. Dies darf sich jedoch nicht „in generationsübergreifender Betrachtung“ (39) erschöpfen. Sie kann vielmehr dazu beitragen, mögliche Zielkonflikte zwischen Fachpolitiken transparenter werden zu lassen. In diesem Zusammenhang unterstützen die Gewerkschaften auch ressortübergreifende Projekte und alle Vorhaben, die eine Verknüpfung der Nachhaltigkeitsstrategien der föderalen Ebenen und der EU abstreben.

B. Stand der Nachhaltigkeit: Indikatoren, Ziele und Ampeln

Der DGB misst einer Erfolgskontrolle der Nachhaltigkeitspolitik in Deutschland anhand des etablierten Indikatorensets große Bedeutung bei. Die 21 Ziele einer nachhaltigen Entwicklung Deutschlands und die quantifizierten Indikatoren können verhindern, dass „Nachhaltigkeit“ zu einer leeren Floskel verkommt – wenn die dadurch messbaren Ergebnisse aktueller Politik auch Konsequenzen haben. Deshalb nehmen wir Bezug auf den prägnanten „Ampelbericht“ des Rates für Nachhaltige Entwicklung (RNE) vom April 2008. Wir unterstützen die Empfehlung des RNE, den Fortschrittsbericht um eine Ampeldarstellung zu ergänzen. Denn rote und gelbe Ampelzeichen signalisieren unübersehbar, für welche Ziele grundlegende Politikwechsel bzw. zusätzliche Maßnahmen zur Zielerreichung notwendig wären. Der Ampelbericht verdeutlicht bei aller Vereinfachung, die diese Trendübersicht zwangsläufig beinhaltet, dass Deutschland nur in knapp der Hälfte der formulierten Ziele der Nachhaltigkeitsstrategie auf dem richtigen Weg ist. Zu berücksichtigen ist außerdem, dass die zweite Hälfte des Vergleichszeitraums von einer ungewöhnlich langen wirtschaftlichen Schwächeperiode geprägt war, die sich auf die Entwicklung einiger Indikatoren aber positiv auswirkte.

Die vorgenommenen Anpassungen der Indikatoren erscheinen grundsätzlich notwendig und weitgehend nachvollziehbar. Vereinzelt kann die Neujustierung aber auch auf Blockaden in der jeweiligen Fachpolitik zurückgeführt werden.

I. Generationengerechtigkeit

Ressourcenschonung (1.) - Rot

Der DGB begrüßt, dass die Entkoppelung des Ressourcenverbrauchs vom BIP-Wachstum kenntlich gemacht wurde. Es sollte allerdings nicht von einem Trend gesprochen werden, da der Anstieg der Energieproduktivität von 2006 auf 2007 vor allem der milden Witterung geschuldet ist. Bis 2020 müsste sie jährlich um 2,8 Prozent steigen, bisher wurden trotz des genannten Sondereffekts lediglich 1,7 Prozent realisiert. Auch die Entwicklung der Rohstoffproduktivität ist nicht auf sparsameren Einsatz, sondern auf den Strukturwandel zurückzuführen. Umweltbelastungen werden ins Ausland verlagert.

Klimaschutz (2.) - Gelb

Der DGB unterstützt die Bundesregierung in ihrem Ziel, den Ausstoß an Treibhausgasen in Deutschland bis 2020 um 40% gegenüber dem Stand von 1990 zu reduzieren, wenn die EU ihre Treibhausgasemissionen bis 2020 um 30% verringert. Eine langfristige Zielsetzung, den Pro-Kopf-Ausstoß von CO₂ bis 2050 global auf 2 Tonnen jährlich zu reduzieren, wäre ein starkes Signal, um eine global gerechte Emissionsverteilung zum Zielpunkt anspruchsvoller Trendsetzungen in einzelnen Teilbereichen einzuleiten.

Staatsverschuldung (6.) - Rot

Der DGB unterstützt die RNE-Position, dass das Maastricht-Kriterium nicht per se für Nachhaltigkeit steht – und erst recht nicht die geplante Einführung einer „Schuldenbremse“ für den Bundeshaushalt. Der DGB kritisiert, dass hier Sozialleistungen als Hemmschuh der Haushaltskonsolidierung stigmatisiert werden. Auf die Agenda 2010 wird als Hebel für die Ausgabenbegrenzung positiv Bezug genommen. Eine integrierte Betrachtung, wie es die Nachhaltigkeitsprinzipien verlangen, müsste die erheblichen Belastungen für die von den Kürzungen Betroffenen zumindest als Zielkonflikt thematisieren. Zudem hält es der DGB für dringend erforderlich, dass eine gesellschaftliche Debatte über langfristig sinnvolle oder gar unverzichtbare Investitionen in öffentliche Infrastrukturen geführt wird (vgl. Nettoinvestitionsquote). Der überalterte Kapitalstock in Deutschland ist ein deutliches Zeichen dafür, dass wir von der Vergangenheit zehren und Unterlassungskosten, die absehbar höher sein werden als mögliche Zinslasten, auf zukünftige Generationen abwälzen.

Wirtschaftliche Zukunftsvorsorge (7.) und Innovation (8.) - Rot

Im internationalen und historischen Vergleich ist die deutsche Investitionsneigung weiterhin sehr niedrig. So liegt die Investitionsquote im aktuellen Konjunkturrhoch bei 20 %. Anfang der 90er Jahre waren es zeitweise 23%. Während in den USA und Großbritannien die realen Bruttoinvestitionen zwischen 1995 und 2006 um insgesamt 60% stiegen, betrug der Zuwachs hierzulande lediglich 7%. Die Ersatz- und Rationalisierungsinvestitionen verdrängen die Erweiterungsinvestitionen. Ursächlich sind die chronisch schlechten Absatzperspektiven des heimischen Marktes. Leidtragende sind das Handwerk, der Einzelhandel, der Bau und alle weiteren binnenmarktabhängigen Branchen. Der Konjunkturverlauf spaltet sich.

Bei den F&E-Investitionen belegt Deutschland weltweit nur Platz neun. Die Bereiche Verkehrsinfrastruktur, Gesundheitswesen und ökologische Modernisierung sind ebenfalls durch chronische Unterinvestitionen geprägt. Die Indikatoren signalisieren für den DGB mit den oben beschriebenen Tendenzen eines sinkenden Anteils der Investitionen am BIP und der Stagnation der FuE-Ausgaben ein kurzsichtiges Sparverständnis insbesondere der öffentlichen Haushalte.

Bildung (9.) und Perspektiven für Familien (17.) - Rot

Die Trends im Bildungsbereich werfen für den DGB die Frage auf, warum mit den aktuellen Indikatoren ausschließlich der Output des Bildungssystems erfasst wird. Es ist zu bezweifeln, ob so der Handlungsbedarf hinsichtlich notwendiger Strukturveränderungen und Investitionen hinreichend und rechtzeitig angezeigt werden kann. Zusätzliche Indikatoren für den Anteil der Bildungsinvestitionen am BIP und für das Aufbrechen schichtspezifischer Bildungskarrieren sollten erwogen werden.

Der Anteil der Bildungsausgaben am Sozialprodukt ist gegenüber 1995 gesunken und liegt aktuell unter dem OECD-Schnitt. Ein bedarfsgerechtes öffentliches Kinderbetreuungsangebot liegt in weiter Ferne. Lediglich bei den Kindergartenplätzen hat sich die Versorgungssituation verbessert. Krippenplätze gibt es im Westen der Republik nur für 7% der unter Dreijährigen. Hortplätze gibt es nur für 3,4 % aller Kinder.

Der DGB begrüßt, dass der Indikator auf alle jungen Menschen, die sich nicht mehr im Bildungsprozess befinden, ausgeweitet wurde. Verschärft hat sich die Abhängigkeit des Bildungserfolgs von der sozialen Herkunft. Ein Akademikerkind hat heute gegenüber einem Facharbeiterkind bei gleichen Rechen- und Lesekompetenzen eine viermal höhere Chance, ein Gymnasium zu besuchen. Gleiches gilt für die Hochschulen: Die Zahl der Studienanfänger hat sich zwar erhöht. An der sozialen Selektivität des Hochschulwesens hat sich jedoch nichts verändert: Vier von fünf Akademikerkindern studieren. Aber weniger als ein Viertel der Jugendlichen aus Familien ohne Hochschulabschluss geht auf die Universität.

II. Lebensqualität

Wirtschaftlicher Wohlstand (10.)

Im Bericht wird implizit eingestanden, dass der Indikator BIP je Einwohner ungeeignet ist, weil er „nicht als generelles Wohlfahrtsmaß konzipiert“ wurde (73). Der DGB unterstützt den Vorschlag des RNE, den Indikator um den GINI-Index zu ergänzen, der die Verteilung von Einkommen und Vermögen berücksichtigt.

Große Unterschiede in der Einkommens- und Vermögensverteilung bedeuten weniger Chancengleichheit auf vielen Feldern der Politik, angefangen von der Ausstattung mit Bildung und Wissen bis hin zu den Lebensstandard erhaltenden Alterseinkommen. Die Unterschiede zwischen hohen und niedrigen Einkommen nehmen in Deutschland zu. Erträge aus Kapital und sonstigem privaten Vermögen wachsen in atemberaubender Schnelligkeit, während die Reallohnentwicklung seit Jahren äußerst bescheiden ist. Laut DIW verfügen etwa zwei Drittel aller Deutschen nur über ein geringes oder kein Vermögen. Die reichsten 10 % besitzen fast 60 % des gesamten Vermögens. Auf das oberste Prozent allein entfallen mehr als 20 %. Auch zwischen Männern und Frauen ist das Vermögen höchst ungleich verteilt. Das durchschnittliche Nettovermögen pro Person ist bei Männern mit 96.000 Euro deutlich höher als bei Frauen.

Vor dem Hintergrund der Erbschaftsteuerreform und der zunehmend privatisierten Alters- und Gesundheitsvorsorge erhält der Besitz von privatem Vermögen eine verstärkte wirtschafts- und sozialpolitische Bedeutung. Wer keine Spielräume zur privaten Altersvorsorge hat, wer kein Vermögen während seiner Lebens-Erwerbsarbeitszeit aufbauen kann, gerät im Alter schneller in die Altersarmut. Vor diesem Hintergrund ist jeder Aufruf zur privaten Altersvorsorge ein sozialpolitischer Drahtseilakt.

Der DGB sieht in der Verteilung des wirtschaftlichen Wohlstands eine zentrale Aufgabe von Nachhaltigkeitspolitik, die der Gerechtigkeit innerhalb einer Generation verpflichtet ist. Die leistungslose Anhäufung von Vermögen steht jedoch auch im Widerspruch zur Generationengerechtigkeit. Es ist weder wirtschafts- noch sozialpolitisch nachhaltig, dass große Vermögen durch die Aussetzung der Vermögensteuer, die Einführung einer Abgeltungsteuer von lediglich 25 Prozent und die geplante Erbschaftsteuerreform weiterhin begünstigt werden.

Mobilität (11.) - Rot

Anhaltende Debatten über die Bedeutung der Logistik und die Zukunftsfähigkeit von Produktionsstandorten in Osteuropa und Asien zeigen: die Transportkosten werden durch die Energiepreisexplosion zu einem relevanten Kostenfaktor. Die Integration der externen Kosten ist mehr als ein Jahrzehnt ein lediglich konzeptioneller Baustein der europäischen Verkehrspolitik geblieben. Weder in der Raumplanung noch in der Gewerbeansiedlung wurde eine Strategie verfolgt, die weniger transportintensives Wirtschaften begünstigt hätte. Im Gegenteil: die Liberalisierung des Güterverkehrsmarktes beförderte Lohndumping und fallende Preise, die Distanzen zwischen den Produktionsstandorten spielten bisher keine Rolle.

Die Einführung der LKW-Maut und die Regulierung der Lenk- und Ruhezeiten im Straßengüterverkehr beförderte erste positive Veränderungen. Solange das potentiell umfangreiche Maßnahmenpaket aber nicht konsequent durchdekliniert ist, gibt es keinen Grund, von den – notwendigen – Zielen abzurücken. Globale Tendenzen und Wirtschaftsstrukturen lassen zwar kaum erwarten, dass im Verkehrsbereich in den nächsten Jahren eine Ampel auf Grün schaltet. Die wirtschaftlichen und sozialen Friktionen dürften aber erheblich stärker ausfallen, wenn die Treibstoffpreise allein die Steuerung übernehmen. Der Strukturwandel hin zu postfossilen und verkehrsärmeren Wirtschaftsweisen kann durch Indikatoren, die auf den Rückgang der Transportintensität bzw. des Anteils nicht umweltverträglicher Verkehrsträger zielen, nur befördert werden. Sie reflektieren gegenwärtig aus Nachhaltigkeitsperspektive den Rückstand des Verkehrssektors.

Die Bahnprivatisierung ist vor diesem Hintergrund besonders bedauerlich, da die Bundespolitik hier einen wesentlichen Hebel für die Entwicklung und Durchsetzung eines nachhaltigen Verkehrssystems aus der Hand gegeben hat. Die Anforderungen an die Politik, das Verkehrswachstum klimagerecht und sozialverträglich zu bewältigen, werden in den nächsten Jahren stetig zunehmen. Ihr Einfluss bei der DB AG als größter Mobilitätskonzern wird sinken. Denn renditeorientierte private Investoren werden auf einen unternehmensinternen Modal split drängen, der profitabel ist – Kapitalintensivität und Umweltverträglichkeit sind da hemmend.

III. Sozialer Zusammenhalt

Beschäftigung (16.) - Rot

Die Erwerbstätigenquote sagt nichts über die Qualität der Beschäftigung. Aus ihr ist nicht erkennbar, inwieweit die Ausweitung prekärer Beschäftigungsverhältnisse durch Leiharbeit, Ein-Euro-Jobs, Mini- und Midijobs zum in Deutschland neuen Phänomen der „working poor“ und zur Spaltung der deutschen Gesellschaft beigetragen haben. Hier ist ein neues Indikatorenset erforderlich, das „gute Arbeit“ anzeigt und die Zahl sozialversicherungspflichtig Beschäftigter zum Maßstab für nachhaltige Entwicklung macht.

Märkte öffnen (21.) - Gelb

„Marktöffnung“ ist keineswegs mit nachhaltiger Entwicklung gleichzusetzen: Einerseits können soziale und ökologische Mindeststandards zugunsten des Freihandels in den entwickelten Ländern unter Druck geraten. Andererseits hat die vorzeitige Aufhebung von Zollschränken in zahlreichen Entwicklungsländern bereits zum Zusammenbruch lokaler und regionaler Märkte und Produktionen geführt.

C. Schwerpunktthemen

I. Klima und Energie

Der Klimawandel gehört zu den Herausforderungen, die die Chancen auf eine nachhaltige Entwicklung grundsätzlich beeinflussen. Wenn der Treibhauseffekt nicht begrenzt werden kann, erübrigen sich viele Entwürfe für eine zukunftsfähige Gesellschaft. Der DGB würdigt deshalb die tragende Rolle, die die Bundesregierung auf den Klimakonferenzen der letzten Jahre und im Rahmen ihrer EU- und G8-Präsidentschaften 2007 übernommen hat. Die im Fortschrittsbericht kurz referierten Zahlen des IPCC unterstreichen die Notwendigkeit einer schnellen Einigung auf ein Post-Kyoto-Klimaschutzregime nach 2012. Es sollte deshalb erkennbar sein, dass die IPCC-Daten eine Trendumkehr bei den globalen Emissionen ab Mitte des nächsten Jahrzehnts erfordern, die Formulierung „in den kommenden Jahren“ (108) hingegen lediglich einen diplomatischen Kompromiss wiedergibt, der den dramatischen Handlungsdruck verschleiern.

Deutschland und die Europäische Gemeinschaft können ihre Vorreiterrolle im Klimaschutz wiederum nur glaubwürdig vertreten, wenn die Integration von Klima- und Energiepolitik in einer konsistenten Strategie gelingt. Der DGB unterstützt die 2007 beschlossenen Ziele des Europäischen Rates,

Bundesvorstand

- die Treibhausgasemissionen bis 2020 um 30% zu mindern, sofern die übrigen Industrieländer mitziehen – und das Minderungsziel um 50% bis 2050;
- den Anteil der erneuerbaren Energien bis 2020 auf 20% zu erhöhen und
- zugleich den Primärenergieverbrauch in der EU um 20% zu verringern. Europa muss zum Vorreiter eines energieeffizienten und CO₂-armen Wachstums werden.

Der DGB unterstützt die EU in ihrem Ansatz, die Ziele Wirtschaftlichkeit, Versorgungssicherheit und Umweltschutz in Einklang zu bringen. Die Energiestrategie der EU muss jedoch kohärent zur Lissabon-Strategie und dem in Göteborg vereinbarten Nachhaltigkeitsziel ausgestaltet sein. Europa muss im Sinne einer neuen „industriellen Revolution“ zum Vorreiter eines energieeffizienten und CO₂-armen Wachstums werden. Der DGB unterstützt den breiten Ansatz für eine derartige Initiative, von der Gebäudesanierung über Brennstoff- und Solarzellen bis zur Offshore-Windenergie und CO₂-armer Kohle- und Gastechologie. Die technologische Entwicklung muss zum integralen Bestandteil der Energiepolitik werden, eine investitionsorientierte Innovationspolitik sind notwendig.

Die deutsche Industrie muss die Klimaschutzziele nicht als Belastung, sondern als Chance für Innovationskraft und Beschäftigungswirksamkeit begreifen, insbesondere im Hinblick auf den Ausbau der Nutzung der regenerativen Energiequellen, die Steigerung der Energieeffizienz und die Verminderung der Importabhängigkeit bei Energieprodukten.

Der DGB begrüßt, dass die Bundesregierung den Ausstoß an Treibhausgasen in Deutschland bis 2020 um 40% reduzieren will, wenn die EU ihre Emissionen um 30% verringert. Erforderlich ist dafür ein schlüssiges nationales Energiekonzept, dass die Energieeffizienz weiter erhöht und die Sicherung der Energieversorgung im Rahmen eines nachhaltigen Energiemix gewährleistet.

Energie- und Klimapakete

Mit den ursprünglich geplanten Maßnahmen der Klimapakete IKEP I und II sind dem genannten Fraunhofer-Gutachten für das BMU zufolge 35 % CO₂-Minderungen erreichbar. Sie sollen über 30 Mrd. Euro Investitionen pro Jahr in Erneuerbare Energien, Dämmung und effizientere Elektrogeräte und Autos initiieren. Erwartet wird eine langfristige Steigerung des BIP um mindestens 70 Mrd. Euro jährlich. Im Jahr 2020 wären Einsparungen bei Kohle, Gas und Öl in der Höhe von 36 Mrd. Euro möglich. Die Studie prognostiziert bis 2020 500 000 neue Arbeitsplätze, bis 2030 800000 neue Arbeitsplätze in Folge der Klimapakete.

„In Deutschland ist die Ausgangslage für eine ambitionierte Klimapolitik besonders günstig, weil drei Faktoren zusammentreffen:

- Die deutsche Wirtschaft hat einen historisch gewachsenen Wettbewerbsvorteil bei Produkten, deren Herstellung großes Know-How einer Vielzahl von Beschäftigten verlangt;
- Ungenutzte Kapazitäten am Arbeitsmarkt;
- Die deutsche Wirtschaft leidet seit Jahrzehnten an einer zunehmenden Investitionsschwäche, die durch eine innovationsorientierte Klima- und Energiepolitik abgebaut werden kann.“ (BMU-Studie „Investitionen für ein klimagerechtes Deutschland“, Zwischenbericht Mai 2008, S. 26)

Der DGB würde es begrüßen, wenn dieses Potential vollständig gehoben wird. Die Anzahl der Gesetze und Verordnungen, die im Rahmen der beiden Klimapakete verabschiedet wurden, ist beeindruckend. Deutschland gehört damit zu den wenigen Ländern, die ihre Klimapolitik mit konkreten Einsparzielen, Zeithorizonten und Maßnahmen unterlegen. Der Sachverständigenrat für Umweltfragen moniert allerdings, das IKEP sei würde vorhandene Potentiale nicht ausschöpfen, weil die meisten Einzelmaßnahmen am Ende deutlich verwässert wurden, einige fehlen vollständig. Letztlich werden statt der geplanten 270 Mio. Tonnen CO₂ bis 2020 nur die Hälfte eingespart. Damit sinken die Emissionen maximal um 30 Prozent gegenüber 1990. Wo sind die Einsparpotentiale liegen geblieben?

- Das Wärme-EEG schreibt für Neubauten zwar vor, einen Teil der Wärmeversorgung mit Erneuerbaren Energien zu decken. Der riesige Gebäudebestand – immerhin 95 Prozent – wurde aber aus dem Gesetzentwurf gestrichen.
- Gleiches gilt für den Entwurf der Energieeinsparverordnung. Die energetischen Anforderungen an die Wärmedämmung sollen um 30 Prozent erhöht werden – bei Neubauten. Der Passivhausenergiestandard ab 2015 konnte nicht durchgesetzt werden.
- Die Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) wird nach Experteneinschätzungen nicht auf 25 Prozent verdoppelt werden können, weil der Förderrahmen von 750 Mio. Euro zu niedrig ist.
- Gegen den Ersatz der Nachtspeicheröfen wurden Befreiungs- und Härtefallregeln eingeführt und die Fristen auf spätestens 2020 bzw. 30 Jahre nach der Installation ausgeweitet.
- Bei der Novelle der Heizkostenverordnung wurden Mieterrechte verhindert.
- Das Ökosteuerprivileg für energieintensive Unternehmen wurde entgegen ursprünglicher Pläne nicht an die Einführung von Energiemanagementsystemen geknüpft.

Der DGB findet es bedauerlich, dass die im Fortschrittsbericht unterbreiteten Maßnahmen bereits von der aktuellen politischen Praxis konterkariert werden. Die Bundesregierung verpasst die Gelegenheit, mit den Klimapaketen ein deutliches Signal zu setzen – nicht nur an die

Öffentlichkeit, sondern v.a. an die beteiligten Interessengruppen, dass ein Umdenken erforderlich ist. Im Fortschrittsbericht sollten diese Hemmnisse benannt werden.

Erfreulich findet der DGB, dass der Netzausbau zur besseren Netzintegration der Erneuerbaren Energien beschleunigt angegangen werden soll und dass der Bereich Klima und Energie in der Forschungsförderung ausgebaut wird. Das Konzept „Virtuelle Kraftwerke“ sollte in beiden Projekten berücksichtigt werden.

Klimaschutz und Verkehr

Das Klimapakete ist im Verkehrsbereich unzureichend, es zeigt kaum Ambitionen, den Trend zu steigenden Emissionen zu brechen. Die verkehrsbedingten CO₂-Emissionen haben von 1990 bis 2005 um 16 Prozent oder 36 Mio. t CO₂ zugelegt. Die im Klimaprogramm kalkulierte Emissionsminderung von 15 bis 20 Mio. t könnte diesen Zuwachs selbst bei vollständiger Umsetzung nur zur Hälfte ausgleichen. Welche Sektoren sollen dies kompensieren, ohne dass volkswirtschaftliche Verwerfungen zu befürchten sind?

Allerdings fehlen im Fortschrittsbericht einige Eckpunkte. Mit Ausnahme der Lkw-Maut, der Verbrauchskennzeichnung, der Einbeziehung des Luft- und Schiffsverkehrs in den Emissionshandel sowie des „Leuchtturmprojektes“ Elektromobilität scheinen die Maßnahmen derzeit umstritten, zeitliche Verschiebungen sind absehbar. Die Umstellung der Kfz-Steuer auf CO₂-Basis wird wohl frühestens 2010 kommen. Bei der Novellierung der LKW-Maut-Verordnung ist die stärkere Spreizung und Differenzierung der Sätze zu begrüßen. Leider ist die zwischenzeitlich vorgeschlagene Dynamisierung nach Transportdistanzen nicht eingeflossen. Der DGB fordert zudem, dass auch LKWs unter 12,5 t einbezogen werden.

Der DGB begrüßt das Nachhaltigkeitsprojekt „klimaneutrale Dienstreisen“ der Bundesregierung.

Aus Sicht des DGB fehlen im Klimapakete allerdings wesentliche Elemente einer umfassenden Strategie für klimagerechten Verkehr. Für die unverzichtbare Verkehrsverlagerung wäre eine ÖPNV-Investitionsoffensive erforderlich. Die Integration aller Verkehrsträger durch Verkehrsmanagement brächte dem UBA zufolge 10 Mio. t CO₂-Minderungspotential pro Jahr. Der Schienenverkehr als Herzstück eines nachhaltigen Verkehrssystems muss durch Investitionen und Besserstellung bei Steuern und Abgaben gestärkt werden. Die Steuerungsmöglichkeiten der Politik haben sich durch die Bahnprivatisierung hier leider erheblich verschlechtert. Zudem müssen jetzt die Weichen für eine langfristig spürbare Verkehrsvermeidung gestellt werden: Der Raumordnung obliegt es, gemeinsam mit der Gewerbeansiedlung die Schaffung regionaler Wirtschaftskreisläufe und die Förderung räumlicher Nähe von Arbeiten, Wohnen, Freizeit und Einkauf in den Fokus der (verkehrs)räumlichen und wirtschaftsstrukturellen Entwicklung zu rücken.

Diese Aufgabe könnte ein gemeinsames Projekt für Bund, Länder und Kommunen sein.

II. Nachhaltige Rohstoffwirtschaft

Eine Strategie für eine nachhaltige Rohstoffwirtschaft ist ein zentraler Hebel für die ökologische Modernisierung der Wirtschaft. Deshalb begrüßt der DGB, dass der Fortschrittsbericht dieses hier eines seiner Schwerpunktthemen verortet hat. Zudem gibt es zahlreichen Synergien mit dem Thema „Energie und Klima“. Das Ziel einer Verdoppelung der Rohstoffproduktivität ist ein anspruchsvolles Ziel, das die Notwendigkeit, zukünftig Wirtschaftswachstum zu generieren und gleichzeitig den Material- und Energieeinsatz zu senken, unterstreicht. Für die Gewerkschaften ist die Frage der Material- und Ressourceneffizienz von großer Bedeutung, weil die Verhältnisse wieder zurechtgerückt werden: Während sich die Arbeitsproduktivität in den letzten 50 Jahren um den Faktor 3,5 erhöht hat, ist die Energieproduktivität nur um den Faktor 1,5, die Materialproduktivität nur um den Faktor 2 gestiegen. Weit mehr als 40 Prozent der Kosten im produzierenden Gewerbe sind Materialkosten, die Lohnkosten liegen deutlich unter 25 Prozent. Viel zu einseitig wird oft die Höhe der Lohnkosten und die Erhöhung der Arbeitsproduktivität betrachtet.

Die jüngsten Preisentwicklungen bei Rohstoffen sowie die Kosten von durch Umweltzerstörung verursachten Schäden machen eine hohe Ressourceneffizienz und entsprechende Prozess- und Produktinnovationen zu einem zentralen Wettbewerbsfaktor. Der Ausbau der Kreislaufwirtschaft, die Stärkung der Produktverantwortung der Hersteller sowie das Ökodesign und Produktkennzeichnungen für umweltfreundlichere Alternativen, wie der Blaue Engel, sind aus Sicht des DGB geeignete Instrumente die in größerem Umfang als bisher in die Praxis umzusetzen sind. Die Steigerung der Ressourceneffizienz in den Unternehmen setzt auf eine Innovationsstrategie, bei der Wirtschaft, Umwelt und Beschäftigung gemeinsam gewinnen. Zahlreiche Studien belegen, dass durch einen effizienteren Materialeinsatz Wachstums- und Beschäftigungsimpulse ausgelöst werden. Nur in Wirtschaftsbereichen, in denen der Energieverbrauch und der Materialeinsatz permanent verbessert wird, in denen Wieder- und Weiterverwertung, die Erprobung und der Einsatz neuer Werkstoffe und die Überprüfung der Materialflüsse zum Alltagsgeschäft gehören, entstehen und verbleiben zukunftsfähige Arbeitsplätze.

Der DGB hält den im Fortschrittsbericht unterbreiteten Ansatz, gerade in den rohstoffintensiven Wirtschaftsbereichen anzusetzen, für vielversprechend. Branchendialoge zur Ressourceneffizienz könnten für ausgewählte Stoffströme konkrete Lösungsmöglichkeiten gemeinsam mit allen relevanten Akteuren erarbeiten.

Das Betriebsverfassungsgesetz sieht in umweltrelevanten Fragen eine Mitwirkungsrecht des Betriebsrats. Eine regelmäßige Beratung über Stoff- oder Materialbilanzen zwischen Unternehmensleitung und Betriebsrat könnte in einer Innovationsoffensive für mehr Ressourceneffizienz auf Betriebsebene münden.

Voraussetzung für die Nutzung der Potenziale der Ressourceneffizienz ist eine Innovationspolitik und Investitionsbereitschaft, die sich an den Anforderungen einer langfristigen, nachhaltigen Unternehmensentwicklung orientiert, anstatt allein auf kurzfristige Renditeziele zu setzen. Deutschland und die Europäische Union haben die besten Voraussetzungen zur Verfügung, um mehr Ressourceneffizienz zu erreichen. Gefragt sind Produkt- und Prozessinnovationen ebenso, wie der verstärkte Einsatz von technisch vielfach schon vorhandenen Lösungen.

Da Deutschland ein rohstoffarmes Land ist, sollte die Bundesregierung im Sinne der Nachhaltigen Entwicklung Rohstoffimporte und Ressourcensicherung aus dem Ausland langfristig auf friedlichem Wege sicherstellen, gleichwohl bekannt ist, dass der Auftrag der Bundeswehr von der Landesverteidigung auf die militärische Rohstoffsicherung ausgedehnt wurde. Dies setzt einen fairen Handel mit den Entwicklungsländern voraus, der sich aber langfristig auszahlt.

III. Demografischer Wandel

Der demografische Wandel stellt die Gesellschaft vor große Herausforderungen – in Bezug auf das Zusammenleben, auf das Wohnen, das Wohnumfeld, die notwendige Infrastruktur oder die Arbeitswelt. Die damit verbundenen Veränderungen sind gestaltbar. Wir unterstützen den Ansatz des Berichts, damit positiv und nach vorn gerichtet umzugehen und die Befunde nicht zu dramatisieren. Das Miteinander der Generationen darf nicht dadurch belastet werden, dass die Interessen von Jungen und Alten gegeneinander ausgespielt werden. Das gilt insbesondere auch für den sozialpolitischen Bereich und für sozialpolitische Diskussionen – häufig werden hier Ängste geschürt, dass die ältere Generation auf Kosten der Jüngeren lebe.

Ehrenamtliches Engagement kann ohne Zweifel eine positive Rolle für das Zusammenleben der Generationen spielen. Dieses Engagement wird dazu beitragen können, dass auch künftig die Angehörigen unterschiedlicher Generationen zusammen kommen, miteinander aktiv werden und füreinander Verantwortung übernehmen. Allerdings sind dem ehrenamtlichen Engagement Grenzen gesetzt – wir warnen davor, professionelle Dienstleistungen durch bürgerschaftliche Aktivitäten zu ersetzen. Zudem legen wir großen Wert auf die Freiwilligkeit ehrenamtlichen Engagements. Ältere können sich daran beteiligen, müssen aber nicht. Auch moralischer Druck ist fehl am Platz gegenüber

Menschen, die häufig jahrzehntelang hart gearbeitet haben, Verantwortung in Familie und Beruf trugen und sich während dieser ganzen Zeit den Erwartungen anderer anpassen mussten.

Wichtig für das gelingende Zusammenleben der Generationen wird die Gestaltung der Arbeitswelt sein. Der demografische Wandel bringt in den nächsten zwei Jahrzehnten noch keine deutliche Verminderung des Erwerbspersonenpotenzials mit sich. Allerdings wird sich der Altersaufbau der Erwerbstätigen in den Betrieben deutlich verschieben. Dies halten wir für eine der herausragenden Herausforderungen, auf die bislang noch keine ausreichenden Antworten gegeben worden sind. Die Schaffung gesunder und altersgerechter Arbeitsplätze, die Integration von Fortbildungsanstrengungen und die Gestaltung flexibler und sozial abfederter Übergänge von der Arbeit in die Rente sind wichtige Handlungsfelder.

Darüber hinaus ist der Arbeitsmarkt in Deutschland immer noch geschlechtsspezifisch segmentiert. Das Erwerbspersonenpotential wird daher nicht hinreichend ausgeschöpft. Obwohl Frauen in der Regel bessere Bildungsabschlüsse erzielen als Männer, bleibt ihnen der gleichberechtigte Zugang zum Arbeitsmarkt verwehrt. Die gestiegene Beschäftigungsquote verschleiert, dass viele Frauen unfreiwillig Teilzeit arbeiten – und nicht selten in sogenannten Minijobs unterhalb ihrer beruflichen Qualifikation arbeiten. Der demografische Wandel erfordert daher, dass endlich die Voraussetzungen geschaffen werden, um den Zugang von Frauen auf den Arbeitsmarkt zu verbessern. Dazu gehören der Ausbau von Bildungs- und Betreuungseinrichtungen für Kinder aller Altersstufen, die Professionalisierung von Humandienstleistungen insbesondere im Bereich der Pflege sowie die Möglichkeit lebenslangen Lernens auch in Teilzeitarbeit.

D. Nachhaltigkeit in weiteren Politikfeldern

I. Nachhaltiger Verkehr

Der DGB begrüßt die im Fortschrittsbericht gewählte Schwerpunktsetzung für den Verkehrsbereich. Klimaschutz und Lärmschutz sind zwei Themenbereiche, in denen das Verkehrswachstum unter großem Legitimationsdruck steht: Aus Klimaschutz-Perspektive steht der Verkehrsbereich unter besonderer Beobachtung, weil er der einzige Sektor ist, in dem es bisher zu keinen wesentlichen Einsparungen von CO₂-Emissionen gekommen ist. Der DGB ist erfreut, dass der Handlungsbedarf im Bericht eingestanden und „ein substantieller Beitrag des Verkehrs zur CO₂-Reduktion anzustreben“ ist (200).

Der Lärmschutz wiederum gewinnt u.a. an Bedeutung, weil zum Einen die gesundheitlichen Belastungen des Verkehrslärms zunehmend thematisiert werden. Misslich ist zudem, dass ausgerechnet die Lärmbilanz des umweltverträglichsten Verkehrsträgers Schiene problematisch ist. Hier

müssen Maßnahmen an Schienenfahrzeugen mit öffentlicher Unterstützung in Angriff genommen werden. Die Siedlungsentwicklung der letzten Jahrzehnte hat vielerorts die Schienenstränge in zentrale Wohnlagen gerückt. Wenn – wie angestrebt – der Anteil des Schienengüterverkehrs am Transportaufkommen in absehbarer Zeit verdoppelt werden soll, verschärft sich dieses Problem. Der DGB begrüßt das Lärmschutzpaket der Bundesregierung also aus zwei Gründen:

- Lärm wird als wesentlicher Faktor für die Beeinträchtigung der Lebensqualität immer noch unterschätzt.
- Eine erfolgreiche Umsetzung des Lärmschutzpakets ist die Voraussetzung dafür, dass die Verlagerung des Personen- und insbesondere des Güterverkehrs auf die Schiene auf gesellschaftliche Akzeptanz stößt.

Der DGB begrüßt, dass zukünftig der „Klimaschutz im Zentrum nachhaltiger Verkehrspolitik“ (200) steht – er teilt allerdings nicht den Optimismus, dass hier bereits „erste Erfolge“ zu vermelden sind. Zu leicht sinkenden CO₂-Emissionen in den letzten Jahren haben zwei Faktoren nicht unerheblich beigetragen: Deutschland hat eine lange Phase der wirtschaftlichen Rezession durchschritten. Zudem ist der Tanktourismus insbesondere im Güterverkehr nicht unerheblich, sein Umfang aber schwer zu erheben.

Der Fortschrittsbericht hebt hervor, dass „die Festlegung von CO₂-Grenzwerten für in der EU neu zugelassene Pkw ab 2012 ... die wichtigste Weichenstellung für Energieeffizienz und CO₂-Reduktion in Europa“ (201) sei. Gleichwohl deutet sich an, dass sich die Einführung der Grenzwerte verzögern wird, wodurch eine nennenswerte Emissionsminderung ab 2015, wie vom IPCC für unverzichtbar gehalten, unwahrscheinlich wird. Auch die Umstellung der Kfz-Steuern auf CO₂-Basis verschiebt sich.

Der DGB hat gemeinsam mit der Friedrich-Ebert-Stiftung die Studie „Klimaschutz und Straßenverkehr - Effizienzsteigerung und Biokraftstoffe und deren Beitrag zur Minderung der Treibhausgasemissionen“ erarbeiten lassen. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass die verstärkte Nutzung von Biokraftstoffen und technologische Effizienzsteigerungen nicht reichen werden, um den Anstieg der CO₂-Emissionen des weiter zunehmenden Straßenverkehrs zu kompensieren. Instrumente zur Veränderung des Nutzerverhaltens, zur Verlagerung, Lenkung und Vermeidung von Verkehrsströmen sind notwendig.

Der DGB ist für ein verpflichtendes Verfahren für neue Grenzwerte. Wichtig sind schnelle Entscheidungen bei der Kfz-Steuer und den CO₂-Grenzwerten auf EU-Ebene, damit sich Industrie und Verbraucher auf die neuen Rahmenbedingungen einstellen können. Umweltinnovationen müssen stärker durch gesetzliche Regelungen vorangetrieben werden. Dass dies erfolgreich ist, hat die Einführung des Katalysators gezeigt. Sonst besteht die Gefahr, dass individuelle Mobilität mittelfristig zum exklusiven Gut für Besserverdienende wird.

Die Grenzwert-Debatte darf aber nicht den Blick darauf verstellen, dass der Verkehrsbereich im Klimaprogramm der Bundesregierung nur eingeschränkt ins Visier genommen wurde. Das Verkehrssystem muss insgesamt klimagerecht umgestaltet werden. Die Klimaprobleme Chinas lösen wir nicht mit fahrzeugtechnologischen Verbesserungen. Die Verkehrsverlagerung auf die Schiene, das Binnenschiff und auf den ÖPNV, langfristig auch Verkehrsvermeidung durch Verkehr sparende Strukturen als zentrale Aufgabe der Raumplanung müssen unverzichtbarer Bestandteil eines Maßnahmenpaketes für klimagerechten Verkehr sein. Gleiches gilt für die Weiterentwicklung des Bundesverkehrswegeplans. Eine der wichtigsten Aufgaben der nächsten Jahre wird die Verteilung der Container aus den Häfen sein. Hierfür sind Infrastrukturinvestitionen vor allem in das Schienennetz erforderlich, sonst ist die Funktionsfähigkeit des Verkehrssystems in Norddeutschland mittelfristig in Frage gestellt.

Ein begrüßenswerter Ansatz ist der Masterplan Güterverkehr und Logistik. Wie an den Handlungsfeldern zu erkennen, verfolgt er eine umfassendere Agenda, zu der auch Verkehrsverlagerung und -vermeidung gehören. Technologische Optimierungspotentiale sind ein wichtiger, aber nicht der zentrale Hebel. Ein klimagerechter Güterverkehr scheitert derzeit auch an ungleichen Wettbewerbschancen der Verkehrsträger. Die Deregulierung des Güterverkehrsmarktes ist eine Erfolgsstory – für verladende Wirtschaft, nicht für die Beschäftigten, die Umwelt und das Klima. Eine schrittweise Anlastung der Infrastrukturkosten und der externen Kosten bei allen Verkehrsträgern ist erforderlich, die Öffnung der EU-Wegekostenrichtlinie für die externen Kosten sollte von der Bundesregierung unterstützt werden.

Der DGB begrüßt, dass hier auch die Bedeutung des ÖPNV hervorgehoben wird. Erfreulich ist zudem, dass die Qualifikation der Beschäftigten als Handlungsfeld gesondert benannt wird, denn ihre Kompetenzen sind bei der Suche nach klimagerechten Lösungen im betrieblichen Alltag unverzichtbar. Ohne konsequente Maßnahmen gegen das vor allem im Straßengüterverkehrsgewerbe immer noch verbreitete Lohn- und Sozialdumping wird eine effiziente und nachhaltige Entwicklung im Verkehrsbereich nicht erfolgreich sein.

II. Nachhaltiger Konsum, nachhaltige Produktion, nachhaltiges Wachstum

Das Kapitel enthält unterstützenswerte Vorschläge und Strategien. Grundsätzlich müssen die Rahmenbedingungen für nachhaltige Produktion und Produkte – unter Einbeziehung der ökonomischen, sozialen und ökologischen Dimension – durch den Staat festgelegt werden, um für alle Marktbeteiligten gleiche Wettbewerbsbedingungen zu schaffen. Auf freiwilliger Basis sind nachhaltige Produktion und Produkte nicht zu erreichen, denn jeder Mitwettbewerber, der sich freiwillig sozialer oder ökologischer verhalten würde, würde zwangsläufig, von Ausnahmen abgesehen, aus dem Wettbewerb ausscheiden.

Dennoch unterstützt der DGB auch freiwillige Instrumente, solange sie zielführend sind. Von Anfang an unterstützt beispielsweise der DGB aktiv

die Produktkennzeichnung von umweltfreundlicheren Produkten, wie z.B. dem Blauen Engel, um dem Verbraucher mit Informationen beim Kaufverhalten behilflich zu sein umweltverträglichere Alternativen auszuwählen. Dieses Instrument ist aus Sicht des DGB ausbaufähig im Hinblick auf nachhaltigen Konsum. Der DGB empfiehlt auch, die positiven Ansätze der Stiftung Warentest mit ihren CSR-Testergebnissen in den Fortschrittsbericht aufzunehmen. Diese für den Verbraucher als konkrete Handlungsmöglichkeiten zu nutzenden Testergebnisse sollten auch zukünftig sichergestellt werden und durch zusätzliche Finanzmittel des Bundes an die Stiftung Warentest dauerhaft eingerichtet werden.

IV. Gesundheit

Anders als die Bundesregierung sieht der DGB zusätzlich zum demografischen Wandel den Wandel der Erwerbsarbeit bzw. deren Entlohnung sowie die daraus folgenden Konsequenzen für das gesellschaftliche Miteinander als große Herausforderung. Auch die Beiträge zu den Sozialversicherungen und Steueraufkommen sind davon abhängig. Die politische Herausforderung für den zunehmenden Betreuungsbedarf ist jedoch, die Lücke zwischen diesem Bedarf und der fehlenden kaufkräftigen Nachfrage zu schließen.

Des Weiteren ist natürlich auch der individuelle Lebensstil eine Herausforderung. Einbezogen gehören jedoch die Erkenntnisse der Armut- und Reichtumsberichterstattung der Bundesregierung sowie der Kinder- und Jugendberichte zum Zusammenhang von Bildung, Einkommen und Gesundheit. Sogar die Wahrnehmung von Angeboten der gesundheitlichen Prävention und Gesundheitsförderung ist abhängig von Bildung und Einkommen.

Im Entwurf des Nationalen Strategieberichts „Sozialschutz und Soziale Eingliederung 2008–2010“ der Bundesregierung sind als wichtigste Elemente: „Solidarität, Verteilungsgerechtigkeit und angemessener Zugang zu qualitativ hochwertiger Gesundheits- und Langzeitpflegeversorgung“ benannt. Dies unterstützt der DGB und empfiehlt, dies auch in den Fortschrittsbericht einzubeziehen. Gleiches gilt für die Bekämpfung der gesundheitlichen Ungleichheit, beispielsweise durch verstärkte und besser koordinierte Prävention und Gesundheitsförderung, die von allen Systemen der sozialen Sicherung zu tragen sind.

Deutlich weist der DGB auf die Notwendigkeit einer verbesserten Koordinierung der zersplitterten Aktivitäten zu Primärprävention und Gesundheitsförderung der verschiedenen staatlichen Ebenen sowie der unterschiedlichen Systeme sozialer Sicherung in Deutschland an. Eine Lösung dieses Problems auf Grundlage der Parallelität von Steuerung und Finanzierung unterstützt der DGB.

Im Fortschrittsbericht wird das Gesetz zur Modernisierung des Gesundheitswesens angeführt, bei dessen Einführung die Bundesregierung besonders auf „gerechte und solidarische Verteilungswirkungen geachtet“ habe. Allerdings sind mit dem GMG eine ganze Reihe von Zuzahlungen eingeführt worden, deren Auswirkungen wahrscheinlich erst mit der EVS 2008 empirisch belegt werden können. Eine ganze Reihe von Erfahrungen aus anderen Industrieländern zeigen

jedoch deutlich, dass Zuzahlungen im Gesundheitswesen langfristig teurer werden. Darüber hinaus werden die Fahrtkosten zur ambulanten Behandlung grundsätzlich nicht mehr erstattet, die Leistungen für Sehhilfen wurden weitgehend gestrichen.

Die Haltung der Bundesregierung zum Wettbewerb zwischen den Kassen und im Gesundheitswesen allgemein reflektiert in keiner Weise, dass er überwiegend zur Kunden- bzw. Mitgliederakquisition genutzt wird und nicht zur Qualitätserhöhung.

Durch die Reduzierung des Beitragssatzes um 0,9 Prozentpunkte, die den Kosten des Zähnersatzes und des Krankengelds entsprechen, wurde die gemeinsame Finanzierung der Gesundheitskosten durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer weiter zu Lasten der Arbeitnehmer verschoben. Gleichzeitig steigt nämlich die Belastung eines jeden Versicherten um 0,9 Prozentpunkte.

Als weiteren Fortschritt bezeichnet der Entwurf das Gesetz zur Stärkung des Wettbewerbs in der gesetzlichen Krankenversicherung. In diesem Gesetzgebungsprozess hat der DGB ausführlich seine Position verdeutlicht: Im Kern bedeutet das nun beschlossene vorliegende Gesetz die (Teil-)Privatisierung der Gesetzlichen Krankenversicherung – sowohl der Leistungen wie auch der Krankenkassen. Die Belastungen und Risiken werden vor allem auf die Versicherten verlagert – auch die Kosten für PKV-Unternehmen werden wohl zu Lasten der PKV-Kunden auf diese umgelegt. Zwischen den gesetzlichen Kassen einerseits und mit den PKV-Unternehmen andererseits wird der Wettbewerb als verschärfte Rosinenpickerei statt als Qualitätswettbewerb veranstaltet. Denn das Gesetz orientiert die gesetzlichen Krankenkassen mehr auf Leistungsvermeidung statt auf die beste Versorgung der Versicherten. Ursache der skizzierten Entwicklung ist vor allem die drohende Unterfinanzierung der GKV. Die hierdurch bedingte Dynamik konterkariert die Behauptung, dies sei die erste Reform ohne Leistungskürzungen. Die Regelungen im GKV-WSG tragen nicht zu einer Stärkung, sondern vielmehr zu einer Schwächung der solidarischen Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung bei.

Unter Verbesserung des Zugangs wird der Krankenversicherungsschutz für alle erwähnt. Zu Recht wird positiv herausgehoben, dass 120.000 Bürgerinnen und Bürger wieder Schutz durch eine Krankenversicherung erlangt hätten. Bezüglich der Eingangspassage zur Solidarität fehlt hier allerdings eine Darstellung, wie viele dieser Neumitglieder der gesetzlichen Krankenkassen auch tatsächlich ihren Beitrag zum Solidarsystem zahlen.

Den Passagen zur gleichmäßigen Versorgung ist nicht viel hinzuzufügen. Ein Hinweis auf das Problem der punktuellen Überversorgung mit Ärzten, vor allem in Ballungszentren, würde die Beschreibung jedoch sachgerecht ergänzen.

Hinsichtlich des gleichberechtigten Zugangs wird dringend eine Ergänzung um die Unterschiede zwischen den Leistungen für GKV-Mitglieder mit ihren Angehörigen und den Kunden der PKV-Unternehmen angemahnt. Hier gibt es genügend empirische Untersuchungen, die insbesondere in der ambulanten Versorgung massive Versorgungsunterschiede feststellen.

Ob die Veränderungen der letzten Jahre tatsächlich zu mehr Solidarität, Verteilungsgerechtigkeit und Nachhaltigkeit geführt haben, bezweifelt der DGB. Er ist auch skeptisch gegenüber den beschriebenen weiteren Plänen, wird dazu jedoch zu gegebener Zeit ausführlich Stellung beziehen und weiterhin konstruktiv Veränderungen anmahnen.

VI. Globale Herausforderungen – Nachhaltige Gestaltung des Welthandels

Der DGB begrüßt, dass die Bundesregierung den Millenniumszielen weiterhin große Bedeutung beimisst. Die weltweit nachhaltige Entwicklung ist nur in globaler Partnerschaft zu erreichen. Es ist für diejenigen, die vom Klimawandel als Erste betroffen sind, von großer Bedeutung, dass mit dem Klimaaktionsprogramm die Anpassung an die Veränderungen zum wesentlichen Bestandteil der Entwicklungszusammenarbeit wird.

Die weitere Liberalisierung des Welthandels wird vom DGB differenziert beurteilt. Die gegenwärtige Struktur der Weltwirtschaft zeichnet sich durch Bipolarität aus. Auf der einen Seite intensiviert sich der Intra-OECD-Handel. Aber auch der Handel zwischen den OECD-Staaten und den entwickelten Schwellenländern wie China, Brasilien und Indien nimmt zu, was auf eine bessere Terms of Trade dieser Ländergruppe hinweist. Andererseits wird die gesamte Gruppe der am wenigsten entwickelten Länder der dritten Welt zunehmend marginalisiert. Sie verlieren zusehends ihre ökonomische Relevanz für die Weltwirtschaft.

Um diese negative Entwicklung aufzuhalten und eine nachhaltige Gestaltung des Welthandels auch innerhalb dieser Ländergruppe zu bewirken, bedarf es eines Umdenkens in der bisherigen entwicklungspolitischen Zusammenarbeit. Die bisherigen Ansätze, die im Rahmen der Doha-Entwicklungsrunde in der WTO seitens der anderen OECD-Staaten und der entwickelten Schwellenländer verfolgt werden, werden sogar das Ziel einer nachhaltigen Entwicklung gefährden. Denn sie setzen einseitig auf die Marktmechanismen, die sich nur in einer Umwelt der politischen Stabilität, einer ausgeprägten Rechtsstaatlichkeit und einer monetären Ordnung entfalten können.

Es kann aus Sicht der Gewerkschaften beispielsweise nicht toleriert werden, dass die WTO über das GATS-Abkommen entsorgungspflichtige Abfälle als Wirtschaftsgüter umdeklarieren lässt und Wasser als handelsübliche Ware behandelt. Abfälle und Wasser müssen im Rahmen der öffentlichen Daseinsvorsorge geschützt und geregelt werden. Der Bundesregierung fällt hier die wichtige Aufgabe zu, dafür zu sorgen, dass die neoliberale Strategie der WTO beendet wird, indem soziale und ökologische Mindeststandards die Grundlage der zukünftigen WTO-Politik werden. Eine national als richtig erachtete Abfall- und Wasserwirtschaftspolitik darf nicht durch die WTO auf den Kopf gestellt werden. Hier ist die Bundesregierung gefragt, um für eine kohärente Politik zu sorgen. Dies gilt beispielsweise auch für die EU-Chemikalienpolitik REACH, deren Anforderungen innerhalb der WTO zu verankern sind, um weltweit ein kohärentes Schutzniveau zu erreichen und Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden.

Besonders kritisch müssen die gegenwärtigen Schritte in Richtung auf einen horizontalen Prozess bei den Verhandlungen betrachtet werden, die darauf abzielen, geradezu eine Einigung auf sämtliche Modalitäten in den Bereichen NAMA und Landwirtschaft zu erreichen. Betroffen davon sind vor allem die Entwicklungsländer, für die gemäß der Schweizer Formel extrem hohe Zollsenkungen vorgesehen sind. Derart radikale Schritte werden die Arbeitsbedingungen in den betroffenen Entwicklungsländern unmittelbar beeinträchtigen und den Druck auf die Löhne der Beschäftigten erhöhen. Außerdem führen rasche Zollsenkungen zu einem massiven Wettbewerbsdruck in den betroffenen Volkswirtschaften – mit der Folge, dass die heimische Produktion zum Teil zusammenbricht und die industrielle Entwicklung vom Wachstumspfad abkommt. Diese Szenarien bestätigen auch Simulationen des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB). Danach würden die im Februar 2008 vorgeschlagenen Zollsenkungen für die Entwicklungsländer zu massiven Senkungen der gebundenen Zölle auf ein bisher noch nie da gewesenes Niveau führen.

Die Folgen sind schon heute absehbar: Verfestigung menschenunwürdiger Arbeitsbedingungen, Lohnarmut und entwicklungspolitische Verwerfungen. Nicht zuletzt werden auch intakte regionale Märkte, die einen entscheidenden Beitrag zur Versorgung der am wenigsten entwickelten Länder spielen, zusammenbrechen. Hier besteht die Gefahr von Hungersnöten und infolgedessen gewaltsamer Konflikte. Alle diese Szenarien sind nicht nur aus moralischen Gründen verwerflich, sondern entsprechen auch nicht den langfristigen außenpolitischen Interessen Deutschlands. Die deutsche Exportwirtschaft braucht nachhaltig stabile und entwickelte Märkte. Hingegen werden in sich zusammenbrechende Märkte, wie die Erfahrung aus der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit zeigt, kaum in der Lage sein, aus sich heraus eine nachhaltige Wachstumsdynamik zu generieren. Vielmehr besteht eher die Gefahr, dass – als Folge der ökonomischen Verwerfungen – auf lange Sicht die internationale Gemeinschaft die Versorgung dieser Ländergruppe übernehmen muss. Marktöffnungen werden in diesen Ländern nicht zur nachhaltigen Entwicklung führen, sondern ihnen jegliche Entwicklungsperspektive nehmen und das Erreichte vernichten.

Statt pauschaler Zollsenkungen braucht diese Gruppe der Entwicklungsländer eine differenzierte und ausgewogene Strategie. Es muss den Entwicklungsländern die Möglichkeit eingeräumt werden, Zollsenkungen im Einklang mit ihrem Entwicklungsstand vorzunehmen. Sie müssen stets ausgehend vom Entwicklungsstand des jeweiligen Entwicklungslandes in allen drei Sektoren – Agrar-, Industrie- und Dienstleistungssektor – erfolgen. Eine Strategie, die einseitig auf Deregulierung und Privatisierung sowie eine außenwirtschaftliche Öffnung gegenüber den Industrieländern hinausläuft, dient der nachhaltigen Entwicklung am wenigsten. Denn gerade in den Entwicklungsländern sind öffentliche Daseinsvorsorge und regulierte Märkte die institutionellen Voraussetzungen für eine nachhaltige Entwicklung.

Ferner sind die institutionellen Voraussetzungen für das Funktionieren der Märkte gar nicht gegeben. Solange es keine politische Stabilität, keine

Rechtsstaatlichkeit, keine monetäre Ordnung gibt, kann keine Rede von Märkten sein, aus denen heraus Wachstums Impulse und nachhaltige Entwicklung ausgehen. Eine Strategie zur Förderung dieser Faktoren durch die entwickelten Länder wäre ein wesentlich sinnvollerer Beitrag als die einseitige Marktöffnungsstrategie.

VII. Allgemeine und berufliche Bildung

Der DGB begrüßt die Qualifizierungsinitiative „Aufstieg durch Bildung“ grundsätzlich, möchte hier aber nur auf einzelne Aspekte des Fortschrittsberichts eingehen:

Jeder Bildungsweg soll zu einem Abschluss führen

Um mehr berufliche Abschlüsse zu ermöglichen, kommt es vor allem darauf an, die duale Ausbildung zu stärken. Es muss Anreize geben, mehr betriebliche Ausbildungsplätze zu schaffen. Bisher bleibt es den Betrieben überlassen, wie viele Ausbildungsplätze bereitgestellt werden. Hunderttausende von Jugendlichen, die keinen Zugang zur dualen Ausbildung erreichen, finden nur einen Zugang zum Übergangssystem, das nur unzureichend Perspektiven bietet. Der DGB fordert deshalb die Bundesregierung auf, Grundlagen für eine gerechtere Finanzierung der Berufsausbildung zu etablieren, um mehr Anreize für betriebliche Ausbildungsplätze zu schaffen. Dazu muss ein Ausgleich zwischen ausbildenden und nicht ausbildenden Betrieben hergestellt werden.

Aufstieg durch Bildung

In Deutschland fehlt es an Durchlässigkeit zwischen beruflicher Ausbildung und Hochschule. Berufliche Bildung mit ihren hohen Anforderungen an Koordination, fachlichem Wissen, Planungs- und Handlungskompetenz wird offensichtlich gering geschätzt. Der Föderalismus führt überdies zu 16 verschiedenen Länderregelungen für den Hochschulzugang von AbsolventInnen einer beruflichen Erstausbildung oder Weiterbildung ohne Abitur. Um Durchlässigkeit substantiell zu fördern, stehen folgende Aspekte im Vordergrund

- die Zulassung zur Hochschule nach abgeschlossener Berufsausbildung;
die Anrechnung beruflicher Qualifikationen in Studiengängen ;
- mehr Doppelqualifikationen – Abitur und duale Ausbildung.

Weiterbildung – Lernen im Lebenslauf

Die Erprobung einer Weiterbildungsprämie wird als Einstieg begrüßt, um die Weiterbildungsbeteiligung zu erhöhen. Unterstrichen wird hiermit, dass die öffentliche Verantwortung der Weiterbildung notwendig ist. Diese Mittel müssen allerdings im Sinne des ganzheitlichen Bildungsverständnisses übergreifend über alle Weiterbildungsbereiche zur Verfügung gestellt werden.

Bundesvorstand

Es fehlt allerdings der Hinweis auf die politische Weiterbildung. In diesen Zusammenhang gehören Möglichkeiten der Freistellung von der Arbeit für Bildungszwecke. Sie sind Bestandteil kultureller Grundausstattung einer Nation. In einigen Tarifverträgen wie auch in einer Reihe von Bundesländern gibt es dazu solche Regelungen. Sie sollten auf alle Bundesländer ausgedehnt werden. Ein Anspruch auf Freistellung soll dabei in Erweiterung bestehender Regelungen auch für längerfristige Weiterbildungsangebote verwendbar und inhaltlich breiter genutzt werden können.

Eine flächendeckende Grundversorgung mit Angeboten allgemeiner, politischer und kultureller Weiterbildung ist durch Länder und Kommunen zu gewährleisten. Zu erwägen sind in dem Zusammenhang Orientierungsgrößen für einen Prozentsatz des Haushalts für die Weiterbildungsförderung.

Um dem Ziel der Eröffnung einer "Zweiten Chance" näher zu kommen, schlägt der DGB vor, das Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) zu erweitern. Über die heutige Begrenzung auf Abschlüsse der anerkannten Fortbildung hinaus sollten auch Erstausbildungsabschlüsse und Zusatzqualifikationen in die Förderung einbezogen werden. Beim Zugang zu solchen Angeboten sollten auch die in der Arbeit erworbenen Kompetenzen berücksichtigt werden.